

A stylized map of Taiwan composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or points of interest.

Taiwan unter Präsidentin Tsai Ing-wen – Aufbruch oder Sackgasse?

30 Jahre Demokratie im Kampf um die Selbstbehauptung

JÜRGEN KAHL
August 2017

- Mit der Aufhebung des Ausnahmezustands im Sommer 1987 hat der Wandel Taiwans hin zu einer der stabilsten Demokratien in Asien begonnen. Seit Anfang 2016 ist die Demokratische Fortschrittspartei zum zweiten Mal mit einer komfortablen Mehrheit an der Regierung. Doch die politische Gestaltung und die Reformpläne werden durch eine stark verunsicherte Gesellschaft erschwert, deren Zusammenhalt durch soziale Polarisierung und Abstiegsängste gefährdet ist.
- Die abgekühlten Beziehungen mit Peking nach dem Regierungswechsel zeigen, dass der Status von Taiwan trotz der pragmatischen Annäherungspolitik der letzten zehn Jahre weiterhin ein Hemmnis für eine stabile und selbstbestimmte politische Zukunft des Landes darstellt. Präsidentin Tsai Ing-wen hat sich geweigert, die Einheit der chinesischen Nation als Vorbedingung für eine Normalisierung der Beziehungen anzuerkennen. Allerdings kann auch sie sich nicht der Realpolitik entziehen und die Notwendigkeit des existierenden Status quo ignorieren.
- Die anfängliche Hoffnung auf einen engeren Schulterschluss mit der Trump-Administration wurde aufgrund der ungewissen amerikanischen Chinapolitik schnell aufgegeben. Vielmehr ist fraglich, inwieweit sich Taiwan noch auf das Schutzversprechen seines wichtigsten Partners verlassen kann. Mit Besorgnis beobachtet die Regierung in Taipeh zudem, wie sich die Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und China auf die halboffiziellen Beziehungen mit Europa auswirkt – insbesondere mit Blick auf wirtschaftliche Kooperationsvereinbarungen und die Bereitschaft, Taiwan den Zugang zu internationalen Organisationen zu ermöglichen.

Das Jubiläum – Demokratie zwischen Normalität und Belagerungszustand

In Taiwan wird in diesem Sommer an ein Ereignis erinnert, das vor 30 Jahren die entscheidende Wende für die politische Entwicklung der Inselrepublik einleitete. Mit der weitsichtigsten Entscheidung seiner Amtszeit hatte der damalige Staatspräsident Chiang Ching-kuo, der älteste Sohn und Nachfolger von »Generalissimus« Chiang Kai-shek, am 15. Juli 1987 den Ausnahmezustand aufgehoben. Nach fast vier Jahrzehnten endete damit die Periode der Unterdrückung, in der die großbürgerlich-konservative Staatspartei Kuomintang (KMT) nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg die vom Festland auf das benachbarte Taiwan verpflanzte Republik China als antikommunistisches Bollwerk mit diktatorischen Sondervollmachten regiert hatte.

Zusammen mit der bereits 20 Jahre zuvor eingeleiteten wirtschaftlichen Modernisierung und dem Aufstieg der subtropischen Insel vom Agrar- zu einem prosperierenden mittelständisch geprägten Industriestaat entwickelten die politische Öffnung und der durch aktives zivilgesellschaftliches Engagement vorangetriebene Umbau zur Demokratie eine Dynamik, die Ende der 1980er-Jahre als »Taiwan Miracle« von sich reden machte. Die Anerkennung war umso größer, da die Volksrepublik China zur gleichen Zeit den entgegengesetzten Weg einschlug. Während in Taiwan Ende 1989 die ersten Wahlen stattfanden, bei denen sich die KMT der neuen politischen Konkurrenz stellen musste, herrschte auf dem chinesischen Festland ein halbes Jahr nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung politische Eiszeit.

Drei Jahrzehnte später ist aus dem »Wunder« die Normalität einer stabilen, fest in der offenen Gesellschaft verankerten Demokratie geworden, die nicht nur im innerasiatischen Vergleich eine Ausnahmeerscheinung darstellt, sondern dies regelmäßig in einschlägigen Erhebungen vom US-amerikanischen Freedom House bis hin zum zweijährlich erstellten Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung (BTI) bestätigt bekommt. Beim Vergleich von 129 Transformationsländern weltweit schnitt Taiwan im BTI-Report 2016 hinsichtlich der Funktionsfähigkeit seiner demokratischen Institutionen, der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und der liberalen Wirtschaftsordnung als Spitzenreiter ab – gefolgt von

Estland und Tschechien sowie mit deutlichem Vorsprung vor Südkorea (Platz 11)¹.

Von einer entsprechenden Normalisierung der Außenbeziehungen, für die fast 70 Jahre nach der Teilung immer noch der ungelöste Konflikt mit Peking um den Status von Taiwan der Dreh- und Angelpunkt ist, kann indessen keine Rede sein. Im Gegenteil: Unmittelbar nach dem Machtwechsel, bei dem die als Sieger aus den Januar-Wahlen 2016 hervorgegangene Demokratische Fortschrittspartei (DPP) zum zweiten Mal die KMT an der Regierung ablöste, hat sich in den chinesisch-chinesischen Beziehungen ein dramatischer Temperatursturz vollzogen, der den von beiden Seiten pragmatisch vorangetriebenen Prozess der vergangenen acht Jahre hin zu einem kooperativen Nebeneinander auszuhebeln und eine neue Krise mit schwer abschätzbaren Folgen heraufzubeschwören droht.

Auslöser des Konflikts ist die Weigerung der neuen Staatspräsidentin Tsai, das von Peking als unverzichtbar eingeforderte Grundsatzbekenntnis zur Einheit der chinesischen Nation zu akzeptieren. Dieser Minimalkonsens war die Geschäftsgrundlage, die unter ihrem KMT-Vorgänger Ma Ying-jeou den Einstieg in den zwischenstaatlichen Normalisierungsprozess ermöglicht hatte.² In der Forderung Tsais nach einer neuen Verständigungsformel ohne determinierende Vorbedingungen sieht Peking einen provozierenden ersten Schritt, mit dem die Unabhängigkeit Taiwans festgeschrieben werden soll, und reagierte dementsprechend mit Strafmaßnahmen wie der Aufkündigung des offiziellen Dialogs, militärischen Drohgebärden sowie der forciert betriebenen Isolierung der Inselrepublik.

Auch wenn man den Einsatz militärischer Gewalt gegen Taiwan als das unwahrscheinlichste Szenario ausschließt, hat der neu aufflammende Konflikt eine bedrohliche Qualität. Sie ergibt sich aus der schwer überbrückbaren Gegensätzlichkeit in den Grundsatzpositionen, die beide Seiten unter veränderten Bedingungen vertreten.

1. Vgl. www.bti-project.de/.

2. Die Verständigung beruhte auf dem sogenannten Konsens von 1992, auf den sich die damalige KMT-Regierung mit Peking verständigt hatte. Die Kompromissformel enthält das gemeinsame Bekenntnis zur Einheit der Nation, stellt aber gleichzeitig fest, dass beide Seiten von deren Wiederherstellung unterschiedliche Vorstellungen haben.

Gegenläufig zu dem dichten Beziehungsnetz, das sich zwischen Taiwan und China entwickelt hat, vollzog sich in der Bevölkerung der Insel mit dem Generationswechsel ein Wandel im Identitätsbewusstsein, das sich nicht mehr in erster Linie ethnisch definiert, sondern – in deutlicher Abgrenzung zu China – von den Lebenserfahrungen in einer offenen und demokratisch verfassten Gesellschaft geprägt ist. Daraus hat die neue Regierung die entsprechenden politischen Konsequenzen gezogen.

Auf der anderen Seite stehen dem die Ungeduld und der Durchsetzungswille gegenüber, mit denen der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping den unumkehrbaren Einstieg in die Vollendung der nationalen Einheit zu seiner Mission gemacht hat. Gleichzeitig haben sich auch die militärischen Kräfteverhältnisse in der Region zwischen China und den USA, als der De-facto-Schutzmacht Taiwans, verschoben, sodass eine Demonstration der Stärke, wie zuletzt in der Taiwan-Krise von 1995/96, für die USA zu einem schwer kalkulierbaren Risiko würde.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag – im Wettlauf gegen die Zeit

Die Antrittsrede, in der Staatspräsidentin Tsai Ing-wen (60) bei der Amtsübernahme Ende Mai 2016 den 23 Millionen Taiwaner_innen ihr Regierungsprogramm vorstellte, war von visionärem Elan getragen. Das Selbstbewusstsein, mit dem sie auftrat, entsprach dem überlegenen Wahlsieg, den sie zusammen mit der von ihr geführten DPP bei der vorausgegangenen Doppelwahl eingefahren hatte.

Dass es ihr nach dem gescheiterten Anlauf von 2012 gelungen ist, ihren KMT-Rivalen mit einem Stimmenanteil von 56 Prozent auszustechen, war der persönliche Erfolg der ersten Frau an der Spitze eines chinesischen Staates.³ Zudem machten die Wähler_innen die 1986 noch in der Illegalität gegründete Oppositionspartei anders als zur Regierungszeit des ersten DPP-Präsidenten Chen Shui-bian (2000–2008) zur stärksten Kraft im Parlament und gaben ihr mit der absoluten Mehrheit (69 von insgesamt 113 Sitzen) den Hebel zum Durchregieren in die Hand.

3. Als erstes Regierungsamt übernahm die in den USA und in England ausgebildete Juristin und spätere Rechtsprofessorin unter DPP-Präsident Chen Shui-bian im Jahr 2000 die Leitung des Rats für Festlandangelegenheiten. 2007 stieg sie zur Vize-Premierministerin auf. Seit 2014 ist sie zum zweiten Mal Parteichefin.

Was Tsai der Bevölkerung in Aussicht stellte, entsprach dem Selbstverständnis der DPP als progressiver politischer Kraft im Dienst von Demokratisierung, Bürgerrechten und der Selbstbestimmung Taiwans – und war nicht weniger als das Angebot eines neuen Gesellschaftsvertrags mit drei zentralen Anliegen:

- Die Erweiterung der demokratischen Teilhabe durch die Stärkung plebiszitärer Mitwirkungsrechte und der Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen in politische Entscheidungsprozesse. Damit kam Tsai dem Mitsprachebegehren der äußerst aktiven NGO-Szene entgegen, die sich zu einem bedeutenden politischen Faktor entwickelt und dies im Frühjahr 2014 spektakulär unter Beweis gestellt hat. Damals stürmte die sogenannte Sonnenblumen-Bewegung, getragen von jungen Intellektuellen, das Parlament und blockierte damit die Ratifizierung des mit China geschlossenen Abkommens zur Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs.
- Wirtschafts- und sozialpolitisch verfolgt die neue Regierung das Ziel, die Wirtschaft des High-Tech-Standorts Taiwan mit einem Innovationsschub wettbewerbsfähig zu halten, damit genügend neue Arbeitsplätze für die jungen Berufseinsteiger_innen zu schaffen und gleichzeitig für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands zugunsten der ins Rutschen geratenen bürgerlichen Mittelschicht zu sorgen.
- Ungeachtet des konzilianten Tons war die Kernbotschaft, dass die Taiwaner_innen das Recht für sich in Anspruch nehmen, in freier und demokratischer Entscheidung ihre politische Zukunft ohne Vorfestlegungen selbst zu bestimmen – unmissverständlich. Damit ist der Anspruch verbunden, statt des präjudizierenden Bekenntnisses zur Einheit der Nation die Anerkennung des Status quo, also der uneingeschränkten Eigenstaatlichkeit Taiwans, zur Grundlage der chinesisch-chinesischen Verständigung zu machen. Dabei hat Tsai den Status quo so flexibel konditioniert, dass alle Optionen für vertiefte, über die bestehenden Verträge hinausgehende Kooperationen offen bleiben. Mit dieser Linie setzt sich die neue Präsidentin deutlich vom politischen Abenteuerer_tum ihres DPP-Vorgängers Chen ab, der das Volk in einem Referendum über die Gründung der unabhängigen Republik Taiwan abstimmen lassen wollte.

Wie riskant es ist, im Wahlvolk hohe Erwartungen zu wecken, die sich dann nicht schnell genug einlösen lassen, hat schon Tsais Amtsvorgänger Ma zu spüren bekommen. Nun macht seine Nachfolgerin, die eigentlich als besonnene und pragmatisch abwägende Politikerin gilt, schneller als erwartet die gleiche Erfahrung. Der Absturz in den Meinungsumfragen auf Zustimmungswerte von unter 40 Prozent und die Serie von Massenprotesten im Regierungsviertel sind Reaktionen auf eine Reihe umstrittener Reformvorstöße der Regierung. Sie sind aber auch ein Indiz für die labile Stimmungslage in einer Gesellschaft, die verunsichert und mit großen Sorgen in die Zukunft blickt.

Nach dem höchstrichterlichen Spruch, der im Mai die Verfassungskonformität der Gesetzesinitiative bestätigte, wird Taiwan trotz heftigen Widerstands aus Teilen der Gesellschaft nun voraussichtlich als erstes asiatisches Land gleichgeschlechtliche Ehen legalisieren. Noch deutlicher und aggressiver macht sich die Polarisierung dort bemerkbar, wo es um die Brot-und-Butter-Fragen geht, also um die Sicherung des Wohlstands und um Verteilungs- und Generationengerechtigkeit.

Um die drohende, vom demografischen Wandel beschleunigte Pleite der Pensionskassen für die Staatsbediensteten, einschließlich des Militärs, abzuwenden, sah sich die Regierung zu Anpassungen gezwungen, die für die Betroffenen erhebliche Einbußen beim Rentenniveau sowie die stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von derzeit 55 auf 65 Jahre bedeuten. Die Maßnahmen korrigieren die Klientel-Pflege, mit der die KMT jahrzehntelang die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit einer unverhältnismäßig komfortablen Altersversorgung an sich gebunden hatte.

Die zu lösenden Strukturprobleme reichen jedoch noch tiefer. Sie zeigen sich in den schwachen wirtschaftlichen Wachstumsraten der vergangenen Jahre, in den seit über einem Jahrzehnt stagnierenden Arbeitslöhnen, wodurch sich das Einkommensgefälle zwischen den fünf Prozent der Superreichen und den Durchschnittsverdiener_innen mit einem regulären Monatslohn von umgerechnet ca. 1.000 Euro innerhalb von zehn Jahren um das 110-fache vergrößert hat, sowie schließlich im *Brain Drain*, der hochqualifizierte Nachwuchskräfte wegen den unattraktiven Einstiegsgehältern in wachsender Zahl ins Ausland abwandern lässt.

In der Blaupause für die wirtschaftliche Aufholjagd, mit der Taiwan wieder an frühere Glanzzeiten anknüpfen will, setzt die Regierung auf drei Schwerpunkte: eine Innovationsoffensive (Stichwort: »Asian Silicon Valley«), die dem High-Tech-Standort höhere Wertschöpfungspotenziale in Zukunftstechnologien erschließen soll; ein milliardenschweres Investitions- und Konjunkturprogramm zur Modernisierung der Infrastruktur; sowie – unter dem Label »New Southbound Policy« – die Diversifizierung der Absatzmärkte in Richtung Südostasien und Indien mit dem Ziel, die einseitige Abhängigkeit des Exportlandes von China zu verringern.

Der hohe Erwartungsdruck, unter dem das Reformprogramm steht, ist nicht das einzige Dilemma, mit dem Tsais Regierung zu kämpfen hat. Die Diversifizierung der Exportmärkte, die aufgrund der steigenden Lohnkosten in China längst im Gange ist, entspricht der ökonomischen Vernunft. Andererseits zeigt die heimische Wirtschaft wenig Neigung, sich bei Unternehmensentscheidungen von politisch motivierten und als dirigistisch empfundenen Vorgaben leiten zu lassen. Zudem stimmen auch taiwanische Ökonom_innen weitgehend darin überein, dass China wirtschaftlich ein natürlicher und unverzichtbarer Partner für die Insel bleiben wird.

Wie eng die Verflechtungen im Handel und bei den Investitionen⁴ inzwischen sind, zeigt sich daran, wie unmittelbar sich Wachstumsschwankungen in der Volksrepublik auf die Wirtschaftsbilanz Taiwans auswirken. Als ebenso sicher gilt, dass die von Taipeh mit den Partnern in der Region angestrebten bilateralen und multilateralen Freihandelsabkommen kaum zustande kommen werden, wenn Peking dazu nicht seinen politischen Segen gibt.

Im Dickicht von Fakten und Fiktionen – ein Klärungsversuch

Nimmt man die von Deng Xiaoping empfohlene Devise beim Wort, »die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen«, ist sie ein brauchbarer Wegweiser, um sich in dem verwirrenden Dickicht von Fakten und Fiktionen zurechtzufinden, das sich um die sogenannte Taiwan-Frage rankt. So zum Beispiel, wenn der chinesische Staats- und

4. 40 Prozent der taiwanischen Exporte gehen nach China bzw. nach Hongkong. Von den Auslandsinvestitionen taiwanischer Unternehmen entfallen 70 Prozent auf China.

Parteichef Xi Jinping in seinen Reden die »unauflösliche Schicksalsgemeinschaft« von Festland- und Taiwan-Chines_innen beschwört und daraus einen »Wiedervereinigungsanspruch« ableitet, der mit der historischen Entwicklung und erst recht mit der Lebenswirklichkeit von inzwischen drei Generationen Taiwaner_innen schwer in Einklang zu bringen ist. Der Anspruch verliert aus drei Blickwinkeln an Überzeugungskraft:

1. Historisch betrachtet hat Taiwan, das vom chinesischen Kaiserreich erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts dauerhaft einverleibt worden war, unter der Qing-Dynastie lange ein von der Zentralregierung nur lose kontrolliertes Eigenleben geführt. Kaum hatte die Insel zwei Jahrhunderte später den Status einer Provinz erhalten, musste China Taiwan nach der Niederlage im ersten sino-japanischen Krieg 1895 an Japan abtreten. Die Kolonialherrschaft endete förmlich erst mit dem 1951 abgeschlossenen Friedensvertrag von San Francisco. Da die Vertragsparteien – ohne Beteiligung der beiden chinesischen Staaten – die Insel damals jedoch weder der 1949 gegründeten Volksrepublik noch der nach Taiwan verpflanzten Republik China zugesprochen hatten, ist ihr territorialer Status völkerrechtlich ungeklärt geblieben.
2. Taiwan erfüllt alle Kriterien, die in der bis heute gültigen Konvention von Montevideo von 1933 über die Rechte und Pflichten von Staaten als Voraussetzungen für die Staatlichkeit festgelegt sind. Zudem steht der Bevölkerung der Inselrepublik das in der UN-Charta, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verbrieft Recht auf Selbstbestimmung zu. Diese Rechtstitel werden auch nicht durch die Folgen infrage gestellt, welche die Wende in der Chinapolitik der USA Anfang der 1970er-Jahre nach sich zog: Sie führte dazu, dass die Republik China im Herbst 1971 ihren Platz in den UN an die Volksrepublik abtreten musste. Gleichzeitig setzte Peking durch, dass seine Lesart des Ein-China-Prinzips, also des Alleinvertretungs- und Souveränitätsanspruchs über Taiwan, fortan zur unverzichtbaren Standardformel für alle mit der Volksrepublik geschlossenen diplomatischen Verträge wurde.
3. Hinreichend dokumentiert und durch den Wahlerfolg der DPP bestätigt ist schließlich, dass der Normalisierungsprozess nicht die von Peking erhoffte Dividende

im Sinne der politischen Vertrauensbildung erbracht hat. Aus dem Trend in den Meinungsumfragen ist abzulesen, wie sich gegenläufig zu den dichten Austauschbeziehungen in der Bevölkerung Taiwans, insbesondere in der jüngeren Generation, ein Identitätsbewusstsein herausgebildet hat, das im Wesentlichen nicht mehr ethnisch definiert ist, sondern sich in Abgrenzung zu China aus der Identifizierung mit der freien und demokratischen Gesellschaftsordnung der Inselrepublik speist.⁵

Zu dem Akzeptanzverlust der von Ma Ying-jeou und der KMT eingeschlagenen Verständigungspolitik hat zudem beigetragen, dass der sogenannte Konsens von 1992 als Grundlage des Regierungshandelns nicht demokratisch legitimiert ist. Die Kompromissformel, die das von Peking als unverzichtbar betrachtete Bekenntnis zur Einheit der Nation mit dem Vorbehalt unterschiedlicher Interpretationen verknüpft, wurde damals von Unterhändler_innen beider Seiten ausgearbeitet, war aber nie Gegenstand der Beschlussfassung im taiwanischen Parlament.

Zwei chinesische Träume – Konflikt mit Eskalationspotenzial

Sie hoffe und wünsche, sagte Tsai Ing-wen in einer Rede zum 30. Jahrestag der Aufhebung des Ausnahmezustands, dass sich in den nächsten 30 Jahren niemand mehr Sorgen machen müsse, dass der Inselstaat seine Souveränität verlieren könnte. Die Agenda, die Peking verfolgt, hat die entgegengesetzte Stoßrichtung. Als erster Staats- und Parteichef hat Xi Jinping konkrete Etappenziele genannt, zu denen die Wiedervereinigung mit Taiwan als Kernanliegen der »großen Verjüngung der chinesischen Nation« als unumkehrbarer Prozess auf den Weg gebracht sein soll. Das erste Datum ist der 100. Geburtstag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Jahr 2021, der dann in die voraussichtlich zweite Amtszeit von Xi fällt, und das zweite das 100. Gründungsjubiläum der Volksrepublik im Jahr 2049.

5. Repräsentativen Umfragen zufolge bezeichneten sich 1991, zu Beginn der Gespräche zwischen Taipeh und Peking, noch ein Viertel der Befragten ausschließlich als Chines_innen, knapp die Hälfte als Chines_innen und Taiwaner_innen. In jüngsten Erhebungen liegt der Anteil derer, die sich ausschließlich als Taiwaner_innen identifizieren, bei rund zwei Dritteln; bei den nach der Aufhebung des Ausnahmezustands 1987 Geborenen sind es fast 80 Prozent. Bezogen auf das Verhältnis zu China, stimmen nach aktuellen Erhebungen knapp 60 Prozent für die Beibehaltung des Status quo; 24 Prozent sprechen sich für die Unabhängigkeit Taiwans aus. Die Vereinigung mit China befürworten nur 12 Prozent der Befragten.

Beide Positionen markieren die Bruchlinie in einem Konflikt, der erhebliches Eskalationspotenzial birgt. Die Risiken ergeben sich aus drei Faktoren: Zum einen ist es die mindestens noch bis zum 19. Parteitag der KPCh im Herbst anhaltende Unbestimmtheit, welche strategischen Konsequenzen Peking aus dem Scheitern der KMT ziehen und auf welche Partner es setzen wird, wenn es bei dem erklärten Ziel der Annäherung auf friedlichem Wege bleibt.

Schwer abzuschätzen ist zum anderen, wie sich eine Zuspitzung der Krise auf den Rückhalt auswirken wird, den Präsidentin Tsai in der eigenen Bevölkerung bei ihrem Beharren auf der uneingeschränkten Anerkennung des Status quo als Grundlage für den Verständigungsprozess mit Peking hat. Noch unsicherer ist, welchen Beitrag die USA als De-facto-Schutzmacht Taiwans unter Donald Trump zur Entschärfung der Krise leisten wollen und können. Entsprechend schnell ist die Euphorie, mit der die Öffentlichkeit in Taiwan zunächst auf das »zweifelhafte« Glückwunschtelefonat Tsais Anfang Dezember 2016 mit dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten reagierte, in Ernüchterung umgeschlagen. Angesichts der Konzeptionslosigkeit, mit der Trumps Chinapolitik zwischen Konfrontation und dem dubiosen Angebot von Tauschgeschäften schwankt, wächst die Skepsis, inwieweit sich die Insel noch auf die Schutzzusagen in dem 1979 vom amerikanischen Kongress verabschiedeten Taiwan Relations Act (TRA) verlassen kann.

Ähnlich wie im Konflikt um die von China beanspruchten Inseln im Südchinesischen Meer hat Xi auch im Umgang mit Taiwan eine von machtbewusstem Durchsetzungswillen geprägte Ungeduld an den Tag gelegt, auf der Insel damit jedoch gegenteilige Reaktionen ausgelöst. Auf sein Drängen, die Lösung der politischen Streitfragen nicht endlos von einer Generation auf die nächste zu verschieben, kam es im Februar 2014 auf Ministerebene zu der ersten und bisher einzigen Runde im politischen Dialog. Einen Monat nach dem ergebnislos verlaufenen Treffen machte die Sonnenblumen-Bewegung in Taiwan mobil und blockierte mit der Besetzung des Parlaments das bis heute nicht ratifizierte Dienstleistungsabkommen mit China. Als Xi Jinping im November 2015 Ma Ying-jeou zu dem historischen Gipfel in Singapur traf, hat diese Wahlkampfhilfe das Stimmergebnis der KMT bei der zwei Monate später folgenden Doppelwahl eher noch tiefer in den Keller getrieben.

Die Maßnahmen, mit denen Peking bisher auf den Kurswechsel in Taipeh reagiert hat, folgen einem Muster, das im Wechsel zwischen Konfrontation und Vertrauenswerbung widersprüchliche Signale aussendet. Noch härter als die Aussetzung des zwischenstaatlichen Dialogs und die wirtschaftlich einschneidenden Restriktionen beim Taiwan-Tourismus wirken sich die Disziplinierungsversuche aus, mit denen China dem Inselstaat die Luft auf internationaler Ebene abschnürt: durch die Abwerbung der wenigen Länder, mit denen Taipeh noch diplomatische Beziehungen unterhält,⁶ sowie über den forciert betriebenen Ausschluss Taiwans aus den internationalen Organisationen, in denen es noch als Beobachter vertreten ist. So regte sich kaum Widerspruch, als Peking mit seinem Veto die Teilnahme Taiwans an dem Treffen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) sowie an der diesjährigen Tagung der Weltgesundheitsversammlung (WHA) verhinderte.

In der anderen Rolle tritt Peking als wohlwollender Pate auf. Nachdem der ehemalige Bürgerkriegsgegner KMT als Partner ausgefallen ist, richtet sich die chinesische Charme-Offensive verstärkt an die gesellschaftliche Basis in Taiwan. Zu den besonders umworbenen Gruppen gehören mittelständische Unternehmer_innen und vor allem die Jugend, der spezielle Förderprogramme angeboten werden: Chinesische Universitäten räumen Studierenden Vorzugsbedingungen ein und Jungunternehmer_innen aus Taiwan stellen Dutzende zu diesem Zweck eingerichtete Inkubatorenzentren finanzielle und technologische Starthilfen bei der Gründung eigener Unternehmen zur Verfügung.

Präsidentin Tsai will nach eigener Ankündigung in der zweiten Jahreshälfte 2017 präzisieren, wie sie sich den konstruktiven Dialog mit Peking auf der Basis der »existierenden politischen Gegebenheiten« vorstellt. Dabei geht die Regierung offenbar von der spekulativen Annahme aus, dass die Aussichten für eine pragmatische Verständigung nach der erwarteten Wiederwahl von Parteichef Xi im Herbst günstiger sein könnten. Dem Vernehmen nach stützt sich Tsai bei den diskreten Sondierungen auch auf KMT-Emissäre ihres Vertrauens und mit guten Kontakten zur chinesischen Führung. Keine Rede ist dagegen von einem Plan B. Umso häufiger aller-

6. Nach dem Seitenwechsel von Sao Tome und Principe Ende 2016 sowie kürzlich von Panama unterhalten nur noch 19 kleinere afrikanische und lateinamerikanische Staaten sowie der Vatikan diplomatische Beziehungen mit Taiwan.

dings von den Kollateralschäden, die eine sich verhärtende Krise nach sich ziehen und Tsai Ing-wen unter erheblichen Druck setzen würden. Das gilt vor allem für den Fall, dass Peking die wirtschaftlichen Daumenschrauben weiter anzieht und empfindliche Wachstumseinbußen die Reform- und Innovationsagenda der Regierung zur Makulatur werden lassen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass ein zugespitzter Konflikt den Kräften inner- und außerhalb der DPP Auftrieb geben könnte, die in dem radikalen Schritt in die erklärte Unabhängigkeit den einzigen Ausweg sehen.

Fazit

30 Jahre nach Beginn der Demokratisierung steht Taiwan erneut an einer für seine Entwicklung kritischen Wegscheide, bei der es um die Selbstbehauptung und die Zukunftsfähigkeit der Inselrepublik geht. Die Herausforderungen, denen die neue Regierung gegenübersteht, sind beträchtlich. Ökonomisch gehören dazu die notwendigen wirtschaftlichen Strukturreformen und ein technologischer Innovationsschub, um Taiwan international wettbewerbsfähig zu halten und seinen Wohlstand nachhaltig zu sichern. Von einer gerechteren Einkommensverteilung, die der sozialen Polarisierung entgegenwirkt, hängt auch die Stabilität des demokratischen Systems ab.

Ein neuer Aufbruch, wie ihn Präsidentin Tsai der Bevölkerung in Aussicht gestellt hat, kann aus dem Reformprojekt jedoch nur dann werden, wenn es ihr gelingt, einen tragfähigen Modus Vivendi mit Peking zu finden. Dabei ist die Diskrepanz nicht zu übersehen, die angesichts der extrem asymmetrischen Kräfteverhältnisse mitsamt der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Insel von China zwischen dem von Tsai geltend gemachten Gestaltungsanspruch und seiner Durchsetzungsfähigkeit besteht.

Der nach dem Machtwechsel von der KMT zur DPP neu entbrannte Grundsatzstreit um das von Taiwan in Anspruch genommene Selbstbestimmungsrecht und die

von Peking eingeforderte Verpflichtung auf das Ziel, die nationale Einheit wiederherzustellen, hat eine negative Dynamik in den chinesisch-chinesischen Beziehungen in Gang gesetzt. Sie gefährdet die praktischen Erfolge der zwischenstaatlichen Annäherung und droht, den Konflikt um Taiwan abermals zu einem regionalen Krisenfall zu machen.

Für die Besinnung auf pragmatische Vernunft spricht auf beiden Seiten, dass ein unkontrolliert eskalierender Konflikt weder im Interesse Pekings und erst recht nicht im Interesse Taipehs sein kann. Der Fluchtweg in Richtung Unabhängigkeitserklärung wäre für Taiwan selbsterstörerisch. Als der erste DPP-Präsident Chen Shui-bian den Versuch machte, haben ihm China und die USA in seltener Einmütigkeit den Weg abgeschnitten. Auf der anderen Seite verfügt Peking zwar über die Mittel, um die Inselrepublik durch wirtschaftlichen und militärischen Druck in die Knie zu zwingen. Das wäre allerdings keine Win-win-Option, sondern eine Lösung, die nur um den Preis der Destabilisierung Taiwans zu haben wäre.

In Deutschland wie in der EU insgesamt hat Taiwan einen guten Ruf. Das gilt für seine Rolle als potenter und zuverlässiger Wirtschaftspartner sowie erst recht für die Anerkennung, die dem Land als eine der wenigen stabilen Demokratien in Asien gezollt wird. Auch wenn die Beziehungen zu Taiwan mit Rücksicht auf das von Peking diktierte Ein-China-Prinzip nur halboffiziellen Charakter besitzen, stellt kein westliches Land die staatliche Existenz der Inselrepublik faktisch infrage. Gleichwohl hat die Bereitschaft unter den europäischen Regierungen, sich im Rahmen des Status quo vermittelnd für die berechtigten Interessen Taiwans einzusetzen (etwa beim Zugang zu internationalen Organisationen), in dem Maße abgenommen, wie China an Bedeutung gewonnen hat und als unverzichtbarer Partner eingeschätzt wird – eine Güterabwägung, bei der die Glaubwürdigkeit, mit der sich Berlin und Brüssel anderswo auf der Welt für Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen, auf der Strecke zu bleiben droht.



Über den Autor

Jürgen Kahl ist ein auf China und Asien spezialisierter Publizist und arbeitet für die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Knut Dethlefsen, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: +49-30-26935-7451 | Fax: +49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Almut.Weiler@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-95861-932-6